



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Schwaben : II. Württemberg während des Kriegs bis zum Abschluss
der Verträge : (Schluß.)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Seiten des Staates zunächst einen festen gesetzlich gesicherten Cassencours beilege und dadurch der Geschäftswelt Veranlassung gebe, dieselbe massenweise ausprägen zu lassen*).

Nus Schwaben.

II. Württemberg während des Kriegs bis zum Abschluß der Verträge.

(Schluß.)

Nach den Siegen der deutschen Waffen schienen anfangs nicht nur die bisherigen gehässigen Parteieneindungen gänzlich beseitigt, sondern auch völlige Harmonie zwischen Regierung und Volk hergestellt zu sein. Die Männer, welche eben noch an der Spitze der Agitation gestanden, waren von ihrer Heerde plötzlich verlassen. Der Professor und k. k. Regierungsrath Schäffle**), der verbissenste und durch sein Talent hervorragendste Gegner der deutschen Sache im Süden, der in dem kritischen Moment der Entscheidung von Wien nach Stuttgart geeilt war, sah, von allen Seiten überwacht, sich genöthigt, die Residenz zu verlassen. Die Männer des Beobachters aber waren für ihre Sicherheit ernstlich besorgt. Es war offenbar, der Krieg mit Frankreich hatte den ganzen großdeutschen Schwindel mit einem Schlag hinweggefegt.

Trotz dieses unglaublich raschen Umschwunges in der Stimmung der Regierung, wie der Regierten, war übrigens, wie sich bald zeigen sollte, wenigstens in einer Richtung noch lange nicht alle Gefahr beseitigt. In den letzten Augusttagen war zwar der Minister von Barmbüler, welcher wegen seiner politischen Wetterwendigkeit das Vertrauen aller Parteien verloren hatte, seiner Functionen enthoben worden, aber aus Gründen rein persönlicher Natur, welche sich einer Erörterung in der Presse entziehen. Mochte sein Charakter noch so sehr beanstandet werden: seine Redefertigkeit, seine diplomatische Gewandtheit, seine vielfachen Beziehungen am Hof, machten seinen Abgang für das Ministerium zu einem unerseßlichen Verlust. Das Land konnte sich nun zwar — da der interimistische Chef des Auswärtigen Amtes kaum in Betracht kam, vorerst rühmen, ein ausschließlich bürgerliches Ministerium zu besitzen, und man deutete von Seiten des letzteren mit einem gewissen Wohlbehagen auf diesen neuen Vorzug Schwabens hin. Allein die Sache hatte auch ihre

*) S. G. D. Augsburg, Zur Deutschen Münzfrage, Heft V.

**) Nach den neuesten Telegrammen, Handelsminister in Oestreich.

D. Red.

Rehrseite. Bei der schroffen Abgeschlossenheit, welche, im Unterschied zu den benachbarten Höfen in München und Karlsruhe, seit Jahren die württembergischen Hofcirkel charakterisirt, und der großen Kluft, welche zwischen der hier von jeher den Ton angehenden ausländischen Diplomatie, und den in schwäbischer Verbtheit herangewachsenen bürgerlichen Elementen des Ministeriums bestand, hatten bisher die adeligen Mitglieder gleichsam die Vermittelung zwischen dem Ministerium und dem Hof gebildet. Sie allein waren über die hier herrschende Stimmung informirt; und wenn auch die bürgerlichen Kollegen sich bisher öfter darüber beklagen mochten, daß Herr von Wornbüler ihnen nicht immer reinen Wein eingeschenkt, so war doch noch ein Zusammenhang mit den Hofkreisen vorhanden. Jetzt war dieser plötzlich unterbrochen, und doch war dort nicht Alles, wie es sein sollte. Man hatte bisher die Souveränität bei jeder Gelegenheit so stark accentuirt, und sah nun plötzlich das Programm der Männer, die man eben noch als Hochverräter behandelt hatte, in der Verwirklichung begriffen. Die Theilnahme an den nationalen Freudenbezeugungen der letzten Zeit war mehr Sache der Courtoisie gewesen, mit den Verhandlungen über das Verfassungsbündniß dagegen war man an dem Punkt angekommen, wo man sich nicht verhehlen konnte, daß die Stellung der Monarchie einer wesentlichen Umgestaltung entgegen gehen werde. Sah man auch schließlich die Nothwendigkeit ein, so war doch der Widerwille nicht zu verkennen, mit welchem man sich in die neue Lage fügte. Die fremde Diplomatie wußte noch im letzten Augenblick diese Stimmung zu einem Gewebe zu benutzen, dessen Anzettelung dem Ministerium anfangs gänzlich fremd blieb. In der ersten Hälfte Octobers war in einem Ministerrath beschlossen worden, das noch in München bei den Verhandlungen mit Delbrück beobachtete Zusammengehen mit Bayern aufzugeben. Man hatte herausgeföhlt, daß trotz aller Zurückhaltung, welche der Bevollmächtigte der preußischen Regierung an den Tag legte, diese fest entschlossen war, an der Verfassung des Norddeutschen Bundes als Grundlage der Verständigung mit den süddeutschen Staaten fest zu halten, und wußte, daß der unbedingte Eintritt von Baden und Hessen bereits gesichert war. Es wurde daher beschlossen, mit diesen letzteren Staaten zusammen zu gehen, natürlich mit dem Vorbehalt, von der Selbständigkeit so viel wie möglich zu retten. Der König genehmigte die Beschlüsse des Ministerraths und die Herren von Wittnacht und von Succow reisten mit der Vollmacht, auch den unbedingten Eintritt in den Nordbund zu unterzeichnen, am 19. October nach Versailles ab, ohne die Ankunft der bayrischen Bevollmächtigten, welche am 20. durch Stuttgart kamen, abzuwarten. In Versailles nahmen die Verhandlungen mit Baden, Hessen und Württemberg, welche bis zum 7. November mit jedem einzeln durch Delbrück, von da an unter dem Vorßiß des Grafen von Bismarck

in gemeinsamer Conferenz gepflogen wurden, den besten Verlauf; am 12. war man über die wesentlichen Grundlagen einig, und, am folgenden Tage sollte die Unterzeichnung des Vertrags durch die beiderseitigen Bevollmächtigten stattfinden, da man sich verständigt hatte, daß die weiteren Verhandlungen mit Bayern, welches noch immer in seiner Sonderstellung beharrte, in München fortgeführt werden sollten. Da lief am Abend vor der Unterzeichnung das Telegramm aus Stuttgart bei den Herren v. Mittnacht und Succow ein: „Nicht unterzeichnen, mit Bayern zusammengehen!“

Während nämlich die bayrischen Bevollmächtigten, namentlich in Folge der ausweichenden Haltung des Herrn v. Mittnacht, sich in Versailles ziemlich isolirt gefunden hatten, waren inzwischen mit Beihilfe des Herrn von Beust und seines Botschafters durch den bayrischen Gesandten in Stuttgart, H. v. Gasser, alle Hebel in Bewegung gesetzt worden, um bei den in den dortigen Hofkreisen sich das Gleichgewicht haltenden nationalen und particularistischen Strömungen, durch den Einfluß einer hohen Dame den Ausschlag für letztere herbeizuführen, und Württemberg für die bayrische Politik zu gewinnen. Die Tochter des Saaren Nicolaus soll denn auch, so wird berichtet, ihrem Gemahl erklärt haben: „als ich Majestät die Hand am Altare reichte, wollte ich eine ganze Königin werden, nicht die Gemahlin eines mediatisirten Fürsten.“ Genug, plötzlich erfolgte ein Umschwung in den höchsten Kreisen, welcher den in Stuttgart verbliebenen Ministern zu ihrer größten Ueberraschung als vollendete Thatsache entgegentrat. Sie glaubten, sich der neuen Strömung fügen zu müssen, und das Telegramm ging ab. Die beiden Adressaten waren über das plötzliche Dementi, welches sie dem Bundeskanzler gegenüber aufs Höchste bloßstellte, ganz verblüfft, reisten sofort, ohne eine Ermächtigung ihres Souveräns abzuwarten, nach Stuttgart zurück, und stellten hier den König vor die Alternative, entweder ihre Demission anzunehmen, oder die von ihnen ihrer Instruction gemäß vereinbarten Abmachungen zu genehmigen. In den Hofkreisen war die Bestürzung über diese Rückkehr nicht gering; man hatte ja nur gewünscht, daß die Minister mit Bayern im Einvernehmen blieben — und nun dieser krüßte Abbruch der Verhandlungen vor den Augen von ganz Europa! Dazu kam, daß nicht nur Baden und Hessen inzwischen am 15. die neuen Verträge unterzeichnet, sondern daß auch Bayern, das eben noch den Renitenten gespielt, plötzlich eingelenkt hatte. Man mußte auch diesmal wieder die alte Erfahrung machen, daß Bayern zwar gern Württemberg gegenüber die Stellung einer Vormacht eingenommen hätte, daß es aber, sobald man von dort mit Ansprüchen auf Gleichstellung hervortrat, eine solche Anmaßung mit Geringschätzung zurückwies und vortheilhafter fand, für sich allein zu verhandeln. So war man denn in Stuttgart wieder einmal völlig isolirt.

Man besann sich deshalb rasch eines Bessern, und schon am 20. November waren die beiden Minister auf dem Wege nach Berlin zur Unterzeichnung des Vertrags, welche am 25., nachdem inzwischen die Vollmachten der Gesandten einer genauen Revision unterworfen worden waren, endlich erfolgte. Seit diesen Vorgängen soll die Stellung des Herrn von Mittnacht, der schon bisher bei Hofe mehr gefürchtet als beliebt war, vollends untergraben sein; es wird ihm nämlich dort, wo man seiner Zeit seine Rede gegen Braun im Zollparlament mit so großem Beifall aufgenommen hatte, nunmehr vorgeworfen, daß er zu sehr bemüht gewesen sei, bei der neuen Reichsgewalt Verzeihung für seine früheren mißliebigen Rencontres zu erlangen, und daß die Aussöhnung gleichsam auf Kosten der württembergischen Krone erfolgt sei.

So verlief die Geburt des deutschen Reichs in den officiellen Kreisen Schwabens; ungleich erfreulicher und erhebender war dagegen das Verhalten des Volks gegenüber der neuen Phase staatlicher Entwicklung. Der Krieg hatte alle Voreingenommenheit gegen Preußen, welche wenigstens in den protestantischen Theilen des Landes von Anfang an ein künstliches Product der Agitation gewesen, mit einem Schlag verwischt, die Bevölkerung lernte die norddeutschen Brüder nicht nur im Felde, sondern auch — durch die zahlreichen Verwundeten — zu Hause kennen und lieb gewinnen. Der „Beobachter“, und die andern demokratischen Organe, wagten nicht mehr von den „halbgermanischen Völkern der norddeutschen Tiefebene“ zu sprechen, und den Racenhaß zu predigen, und wo sie es ausnahmsweise versuchten, wie durch den Abdruck der G. Vogt'schen Briefe aus der Wiener Tagespresse, so ernteten sie nur allgemeine Verachtung. In kurzer Zeit war jenes bisher tonangebende Blatt so sehr in der öffentlichen Meinung vernichtet, und sein Absatz so reducirt, daß sein bisheriger Eigenthümer und Redacteur, R. Mayer, mit Ende des Jahres die Redaction niederlegte, da die bisherigen Mittel der demokratischen Agitation verbraucht seien.

Die veränderte Stimmung des Landes fand ihren Ausdruck in dem Ergebnisse der Abgeordnetenwahl, welche am 5. December v. J. stattfand. Die Regierung hatte die im Juli 1868, unter dem Einfluß der bekannten dreifachen Coalition gewählte Ständekammer, am 22. October v. J., unter Hinweisung auf die gänzlich veränderte Zeitlage aufgelöst. Noch vor dem Wahltag war der Inhalt der Verfassungsverträge veröffentlicht worden. Man wußte also ganz genau, um was es sich bei dieser Wahl handelte. Demokraten und Ultramontane suchten denn auch alle nur denkbaren Argumente gegen die Neugestaltung der deutschen Verfassung ins Feld zu führen, und dieselben Leute, welche im Zollparlament jede Kompetenzerweiterung aufs Erbittertste bekämpft hatten, weil hierzu die Einwilligung jedes einzelnen Südstaates nothwendig sei, verlangten jetzt die Berufung eines constituirenden

Reichstages, natürlich mit dem stillschweigenden Vorbehalt, bei einer etwaigen Ueberstimmung durch das übrige Deutschland, wieder auf den Zollparlamentsstandpunkt zurückzukehren; man klagte über den Verlust der altwürttembergischen Freiheiten, und rechnete mit Zahlen à la Kolb dem Lande seinen gänzlichen ökonomischen Ruin vor, indem man es zugleich mit der künftigen Allianz zwischen Oestreich und dem rachedürstenden Frankreich bedrohte. In Tübingen war es namentlich der s. Z. aus Prag berufene Professor Brinz, der mit seinen auf die Hefe der demokratischen Partei berechneten Reden, welche er in verschiedenen Bezirken, auf den Wahlversammlungen herumziehend, im Geiſt der bayrischen Patrioten abhielt, allgemeines Aufsehen erregte. Allein das Volk ließ sich dieses Mal durch die verbrauchten Mittel Leonischer Beredsamkeit nicht berücken. Von 70 durch das allgemeine Stimmrecht mit Diäten gewählten Abgeordneten, gelang der ultramontan-demokratischen Partei nur 18 durchzusetzen, wogegen 36 Männer der nationalen Richtung und 16 Anhänger der Regierung um jeden Preis (Schulzen und Administrativbeamte) gewählt wurden. Dabei verdient als nicht ohne Bedeutung in einem so wichtigen Wendepunkt der schwäbischen Geschichte hervorgehoben zu werden, daß gerade in den 38 Wahlbezirken des ehemaligen Herzogthums Württemberg welche allein auf eine Jahrhunderte alte Verfassungsfreiheit pochen konnten, nur 3, in 10 ehemals reichsstädtischen Bezirken aber nur 1 Demokrat gewählt wurde, während die übrigen 14 gewählten Anhänger der großdeutschen Demokratie aus ehemaligen geistlichen Fürstenthümern und vorderösterreichischen Besitzungen gesendet wurden, also aus Bezirken, in welchen nicht nur alle historische Anhänglichkeit für gegebene Verfassungszustände fehlt, sondern in welchen auch in Folge der geringen politischen Bildungsstufe der Bevölkerung die Wähler einfach den Weisungen des östreichisch gesinnten katholischen Klerus folgten. Man ersieht hieraus am besten, daß die großdeutsche Demokratie in den Kreisen des Bürgerthums in Schwaben allen und jeden Boden verloren hat.

Am 19. Dezember trat die neue Stände-Kammer zum ersten Male zusammen, der die Aufgabe gestellt war, Württemberg als lebendiges Glied in das neue deutsche Reich einzureihen, und der langen fruchtlosen Fehde, welche seit vier Jahren das Land zerfleischt und jede Besserung seiner Zustände vereitelt hatte, ein Ende zu machen. Wie ganz anders war der Anblick dieser Kammer im Vergleich mit der vor zwei Monaten entlassenen! Vergebens suchte das Auge die Männer des Zollparlaments: die Ammermüller, Deffner, Becher, Bahlinger, Keibel, Tafel; vergebens einen C. Mayer, S. Schott und Fricker, jene Männer, welche seit dem Jahr 1866 nichts gelernt und sehr viel vergessen hatten, und in kleinlichen Tücken ihren Grimm über den Gang der Weltgeschichte auszulassen gewohnt waren. An die Stelle dieser politischen Fanatiker war ein neues Geschlecht getreten, das der feste Wille besaß, die

Bahn praktischer Politik zu betreten, und nicht durch pathetische Phrasen, sondern durch die That die längst der Reform bedürftigen schwäbischen Rechtszustände zu verbessern. Rasch und sicher wickelten sich jetzt alle Geschäfte ab; die Commissionen wurden von den ultramontanen Elementen gründlich gesäubert und ein einheitliches Zusammenwirken hergestellt. Die erste Vorlage an die neue Kammer bildeten die Verträge über die Constituirung des deutschen Reichs; nicht weniger als 30 Gesetze des bisherigen Norddeutschen Bundes sollten neben der Reichsverfassung auf einmal zur Einführung gelangen Gesetze, welche in alle Lebensverhältnisse eingreifen und die wichtigsten Einrichtungen des Landes von Grund aus zu ändern geeignet sind. Was die nationale Partei ihren Gegnern seit vier Jahren bei jeder Gelegenheit vorausgesagt hatte, war jetzt eingetroffen; man mußte nun ohne Debatte alle die Gesetze annehmen, an welchen man, bei richtigem Verständniß der Situation, s. B. hätte mitberathen können. Freilich, die Ueberreste jener Männer, welche einst so kleinlich über die Grenzen der zollparlamentlichen Competenz gewacht hatten, die Mohl, Probst, Desterlen, machten auch jetzt noch einen Versuch, die Entscheidung wenigstens zu verzögern, indem sie auf Grund der Geschäftsordnung einen gedruckten Bericht der Commission verlangten. Welche Gelegenheit zu jahrelanger Ausarbeitung eines Berichts in Mohl'scher Manier! Eine Mehrheit von 67 gegen 17 Stimmen beschloß aber Berathung auf Grund eines ungedruckten Berichtes. Am 22. und 23. Dezember fand die Debatte statt. Obgleich man des Resultats sicher war, wurde dieselbe erst geschlossen, nachdem alle Redner von gegnerischer Seite gesprochen hatten. Den Reden der Großdeutschen fehlte diesmal jeder Schwung der Begeisterung, sie fühlten, daß sie für eine verlorene Sache kämpften. Mohl „der Schreckliche“, welcher durch eine zweistündige mit unheilvollen Prophezeihungen angefüllte Rede die Kammer langweilte, konnte aus dem Gelächter der Gallerie wie der Kammer entnehmen, daß seine Zeit auch in Schwaben vorüber ist (in seiner Wahlrede in Aalen hatte dieses Unicum erklärt, daß er dem Eintritt in den neuen Bund nimmermehr zustimmen werde, zugleich aber sich zum Abgeordneten für den künftigen Reichstag empfohlen); Probst aber kam auf das oben erwähnte caeterum censeo zurück, und verlangte, der preußische Staat müsse erst in seine einzelnen Provinzen zer schlagen werden, ehe man in das Reich eintreten könne. Interessant war eigentlich nur die Abstimmung. Während die Hauptverträge mit 74 gegen 14 Stimmen angenommen wurden, fanden sich bei dem Nachtrag, betreffend die Annahme der Kaiserwürde, nur noch 7 Opponenten gegen 81 Zustimmende. Die Namen dieser merkwürdigen 7 Schwaben sind: Mohl, Probst, Stetter, Hopf, Gutheinz, Kühle und Egelhof. Damit war das Hauptgeschäft dieser Session erledigt. In der Kammer der Standesherrn stießen die Verträge nur auf 3 Widersacher:

den katholischen Theologen Kuhn, den Fürsten von De. Wallerstein, und den aus dem Zollparlament bekannten Freiherrn von Neurath. Der letztere glaubte dem Ministerium den verdeckten Vorwurf machen zu müssen, daß es den König über die Gefahren, welche durch den neuen Rechtszustand für den Thron entstehen können, nicht aufgeklärt habe, indem er zugleich auf die Rechte der Agnaten hinwies. Ihm wurde jedoch von dem Berichterstatter, dem früheren Minister von Linden, der mit großer Wärme das neue deutsche Reich als den einzigen und sichersten Schutz der württembergischen Krone bezeichnete, sofort entgegengetreten, der persönliche Vorwurf gegen das Ministerium aber von Herrn von Mittnacht, dem Nachfolger Neuraths im Portefeuille der Justiz, mit Entrüstung zurückgewiesen. Die in der Kammer vertretenen Agnaten dagegen widerlegten den „getreuen Eckard des königl. Hauses“ durch ihre einstimmige Genehmigung der Verträge. Diese Abstimmung lieferte zugleich den immerhin bedeutsamen Beweis, daß der oberschwäbische hohe Adel, welcher bis dahin eine der stärksten Stützen der sogenannten großdeutschen Partei gebildet hatte, bereits seine Blicke der neu aufgehenden Sonne des deutschen Kaiserthums zuzuwenden beginnt.

Der hiermit vollzogene Eintritt in das deutsche Reich involvirt, wenn man es auch von Seiten der Regierung nicht zugibt, und selbst die nationalen Organe es nur schüchtern einräumen, eine sehr weit reichende Beschränkung der Souveränität des württembergischen Staates, mit andern Worten eine Art von Mediatisirung desselben. Wir begrüßen hierin den segensreichsten Fortschritt, welchen die schwäbische Geschichte im Laufe dieses Jahrhunderts gemacht hat, und erkennen in ihr das einzige Mittel, unseren Staat, der seit Jahren in Folge der immer mehr um sich greifenden Absonderung auf allen Gebieten des Lebens einer völligen Versumpfung entgegenging, durch die Aufnahme in ein größeres Ganzes und Zuleitung neuer Lebenskräfte zu regeneriren. Die theilweise Sonderstellung, welche Württemberg durch die Verträge im Vergleich zu den Nordbundstaaten noch gewährt ist, kommt für uns nicht in Betracht, denn mit Sicherheit läßt sich voraussagen, daß diese Besonderheiten im Laufe weniger Jahre und zwar nicht durch das Eingreifen des Reichs, sondern durch die Entwicklung der Dinge in Schwaben selbst, über Bord geworfen sein werden.

Wir glauben überhaupt mit Grund annehmen zu dürfen, daß in der nächsten Zeit der Schwerpunkt der politischen Bewegung weit mehr in die Einzelstaaten fallen wird, als man dies gewöhnlich annimmt. Zwar das allgemeine Interesse wird sich vorherrschend im Reichstag concentriren, wo künftighin allein die Fragen der hohen Politik und diejenigen Aufgaben der Gesetzgebung ihre Erledigung finden werden, welche vorzugsweise die Aufmerksamkeit der sogenannten politischen Kreise zu erwecken geeignet sind, wie Presse, Vereinsrecht, Militärvereinrichtungen u. Ganz anders verhält es sich dagegen hinsichtlich der ferneren

Entwicklung der Verfassungszustände. Die Reichsverfassung, so complicirt dieselbe im Augenblick auch erscheinen mag, wird die ihr noch mangelnde Einheit und Gleichförmigkeit weit rascher und sicherer auf dem Weg der Verfassungsreform in den Einzelstaaten als durch etwaige Kompetenzerweiterung des Reichstags und der Reichsregierung erlangen. Die Nothwendigkeit, den kostspieligen und verwickelten Staatsapparat zu vereinfachen, wird im Süden wenigstens schon jetzt als eine der nächsten Aufgaben der Zukunft angesehen. Die Abschaffung des Zweikammersystems insbesondere, welche, so lange Württemberg auf sich selbst gestellt, ein Spielball der extremsten Parteien zu werden drohte, mit den größten politischen Bedenken verknüpft war, ist jetzt erst, nachdem die berechtigten conservativen Interessen ihren festen Rückhalt im deutschen Reich gefunden haben, in das Stadium der praktischen Discussion getreten. Ebenso wird die Verminderung der gegenwärtig vorhandenen 6—7 Ministerien, ferner die Abschaffung der besondern diplomatischen Vertretungen schon mit Rücksicht auf die nothwendigen Ersparungen im Staatshaushalt in kürzester Zeit der Gegenstand erregter Debatten werden. Die Folgen dieser Entwicklung für das Reich ergeben sich dann von selbst.

In Württemberg hat die Ständekammer bereits bei der Genehmigung der Verträge einen hierauf abzielenden Wunsch gegen die Regierung ausgesprochen, und letztere sieht mit Sorgen der nächsten Etatsberathung entgegen, welche einen erheblichen Theil der in Versailles erzielten Sonderstellung aus finanziellen Rücksichten mit dem Untergang bedrohen.

Die nationale Partei wird denn auch nicht anstehen, die Consequenzen der neuen politischen Situation zu ziehen. Ob sie aber schon in nächster Zeit Erfolge in dieser Richtung erringen wird, hängt wesentlich davon ab, wie sich die der Mehrzahl nach nationalgesinnten Privilegirten in der Kammer zu dieser Frage verhalten werden, eventuell davon, ob die Demokratie auch fernerhin in ihrer particularistischen Stellung verharren, oder sich künftig auf den Boden der Thatsachen stellen wird.

Von der Abstimmung über die Verfassungsverträge abgesehen, bot sich bis jetzt nur zweimal Gelegenheit dar, das Stimmenverhältniß der verschiedenen Parteien, insbesondere des sogenannten Regierungsklubs und der Privilegirten, in der neuen Kammer kennen zu lernen. Zuerst bei der Präsidentenwahl, wo von Seiten der Regierungsanhänger dem von der „deutschen Partei“ vorgeschlagenen Obertribunalrath Weber, der vor dem Jahr 1868 Präsident der Kammer gewesen, mit großer Hartnäckigkeit der Oberbürgermeister v. Sick, ein Mann der Hof- und Residenz-Politik, entgegengestellt wurde. Obgleich die Demokratie für den Candidaten des Hofes stimmte, konnte doch letzterer nur 33 Stimmen auf sich vereinigen, gegen 50, mit welchen Weber als Erster auf die Liste der Vorgesetzten gesetzt wurde. Das ist ein Beweis, daß

die deutsche Partei in der Kammer im Verein mit den nationalgesinnten „Privilegirten“ (Ritterschaft, Prälaten und Universitätskanzler) unbedingt über die Mehrheit verfügt. Die Regierung legte ihre Verstimmung über dieses Wahlergebniß dadurch an den Tag, daß sie die Ernennung des Präsidenten länger als gewöhnlich verzögerte.

Ähnlich war das Stimmverhältniß bei dem Eiben'schen Antrag. Bekanntlich hatte das Ministerium Barmbüler-Mittnacht im Frühjahr 1868 bei den Zollparlamentswahlen den Sieg der demokratisch-ultramontanen und particularistischen Coalition wesentlich durch die wahrhaft monströse Zusammenfassung der Wahlbezirke herbeigeführt, welche es unmöglich machte, selbst in ganz nationalgesinnten Orten einen Candidaten der deutschen Partei durchzusetzen. Die Bezirke waren sogar mit Rücksicht auf bestimmte einzelne Candidaten und deren Chancen gefertigt worden. Einer erstreckte sich wie ein schmales Band durch die ganze Breite des Königreichs von der bayrischen bis zur badischen Grenze: die ultramontanen Elemente sollten überall den Ausschlag geben. Da nun das Reichswahlgesetz eine definitive Abgrenzung der Wahlbezirke durch die Gesetzgebung vorbehält, bis dahin aber die gegenwärtigen Wahlkreise beibehalten werden sollen, während bis jetzt eine Regulirung solcher Kreise nur für die Zollparlamentswahlen vorliegt, wurde von Eiben die Bitte an die Regierung beantragt, die Wahlkreise für die bevorstehenden Reichstagswahlen so abzugrenzen, daß unter räumlichem Zusammenhang der Kreise die einzelnen Oberämter (politische Verwaltungsbezirke) nicht zerrissen werden, ein Antrag, welcher um so mehr gerechtfertigt war, als die Verordnung des Jahres 1868 den Voraussetzungen des Reichswahlgesetzes über die örtliche Abgrenzung der Wahlbezirke jedenfalls nicht entspricht. Auch dieser Antrag, welchem natürlich die Zollparlamenten Männer Mohl und Probst Widerspruch entgegensezten, während die Regierung unter Bezugnahme auf die maßgebende Stimme des Bundesraths eine ausweichende Antwort gab, wurde mit 46 gegen 35 Stimmen angenommen; wiederum bestand die Minderheit aus dem gesammten Regierungsklub und der demokratischen Partei.

Im Allgemeinen ließ sich während dieser kurzen Session die Beobachtung machen, daß dem Ministerium auch jetzt noch sehr schwer wird, mit seiner großdeutschen Vergangenheit zu brechen. Vernunft und Berechnung, um nicht zu sagen Egoismus, hat die Minister zwar genöthigt, wollten sie nicht durch den Strom der Ereignisse fortgerissen werden, sich zur nationalen Farbe äußerlich zu bekennen, die Sympathien der meisten aber sind immer noch im particularistischen Lager und das Mißtrauen gegen die „Hoch- und Landesverräther“, welche den Eintritt in den Nordbund bisher schon erstrebt hatten, ist trotz aller Versuche der Ausöhnung noch nicht beseitigt. Die Erbitterung der Großdeutschen gegen ihre früheren Wortführer und nunmehr-

gen Renegaten ist allerdings auf der anderen Seite so groß, daß ein Zusammengehen des Ministeriums mit dieser Partei in nächster Zeit, namentlich bei den Reichsparlamentswahlen, kaum zu befürchten ist.

Die bitterste Pille für die Regierung war unzweifelhaft die am Schluß der Session von allen Fractionen, mit Ausnahme der Demokraten und Ultramontanen erlassene Dankadresse. Sie war verfaßt von dem Professor Römer in Tübingen, dem Mann, der in den letzten vier Jahren mit seltener Ueberzeugungstreue und Rücksichtslosigkeit die nationale Sache im Süden vertreten hatte, der stets aufs Genaueste über die Ränke der Minister, Varnbüler und Goltzer, instruiert war und sie unbarmherzig ans Tageslicht gezogen hatte. Auf ihn hatte sich der ganze Haß des bisherigen Regiments concentrirt, und noch drei Viertel Jahre zuvor war seiner Wahl zum Rector der Universität (als erstem in Vorschlag) die Sanction versagt worden, als einer Person, welche „unmöglich“ sei, und heute überreichte eine Deputation der Ständekammer — darunter Römer selbst — dem König die von jenem verfaßte, und dann ohne Modification angenommene Adresse, in welcher die Stände der Krone ihren Dank aussprechen „für den hochherzigen Entschluß, die Herstellung eines deutschen Bundesstaats anzubahnen“, und welche constatirt, „daß die Stände ganz in dem Geiste, welcher die Krone und das württembergische Volk beseele, den Verträgen über die Bildung des deutschen Bundesstaats und die Wiederaufrichtung der altehrwürdigen Namen Kaiser und Reich ihre Zustimmung erteilt haben! — Wie schon angedeutet worden, wurden die Stände, nachdem sie noch die erforderlichen Credite für die Fortführung des Kriegs — letztere mit allen gegen die Eine Stimme von Hopp's, des Parteigängers von Kolb, Bebel und Liebknecht — so wie die Forterhebung der Steuern bis zum 30. Juni 1871 verwilligt hatten, bis auf Weiteres vertagt.

Sie haben in den 14 Tagen ihres Beisammenseins mehr vollbracht, als je eine Ständekammer seit dem 50 jährigen Bestand der jetzigen württembergischen Verfassung; aber nicht geringer sind die Aufgaben, welche ihrer bei ihrem Wiederzusammentritt harren.

Jetzt gilt, den neuen Rechtszustand Schwabens im Innern auszubauen. Hoffen wir, daß dies im Geiste der Freiheit und mit derjenigen Mäßigung geschehe, welche nothwendig ist, um in dem durch Parteikämpfe zerrütteten Land endlich wieder den inneren Frieden herzustellen und zu sichern.